



# MALXE BLATT

*mit Herz und Schnauze*



3 / 2008

## **DIE LINKE.** -Zeitung für Forst und Umgebung



**Die letzte Stadtverordnetenversammlung am 29. Februar hat den Haushalt für das Jahr 2008 verabschiedet.**

**Unsere Fraktion hat diesen Haushalt nicht mitgetragen und wir hatten dafür gute Gründe. Der Abschluss der Haushaltsdiskussion wird in vielen Parlamenten dazu genutzt, grundsätzliche Standpunkte zur Entwicklung der jeweiligen Region darzustellen. In Forst war dies schon immer schwierig. Unsere Fraktion nimmt seit Jahren diese Diskussion zum Anlass, ihre Vorstellungen und Kritiken darzulegen.**

Der Haushalt in unserer Stadt wird jedes Jahr defizitärer, die Verschuldung liegt jetzt bei 1.100 Euro pro Kopf und wird weiter steigen. Allein dies ist ein Grund für ernsthafte Betrachtungen. Seit Jahren werden Haushaltssicherungskonzepte erstellt, die unerfüllbar sind. Mehrere Jahre wurden 7,9 Millionen Euro für den Verkauf der Stadtwerke im Sicherungskonzept eingeplant. Jetzt, in der Stunde der Wahrheit, sind sie natürlich im Haushaltssicherungskonzept nicht mehr enthalten. Gleichzeitig werden aber nun 2 Millionen Euro für den Anteilsverkauf anderer städtischer Gesellschaften angeführt. Forst hat nur noch zwei weitere kommunale Unternehmen, das Krankenhaus und die Wohnungsbaugesellschaft. Soll hier ein Ausverkauf stattfinden?

Das Haushaltsdefizit ist in den nächsten zehn Jahren nicht zu beseitigen, aber es wird darauf ankommen, mit den wenigen vorhandenen Mitteln das Richtige zu tun. Unsere Fraktion will eine Schwerpunktsetzung im Kinder- und Jugendbereich, denn nur so werden wir einen Beitrag dazu leisten, dass junge Menschen in Forst bleiben und hier auch Familien gründen. Wenn die Jugend weggeht, gibt es auch keinen Nachwuchs mehr. Dann wird sich das Bevölkerungsproblem innerhalb eines 'Generationszyklus' potenzieren. Deutlich weniger Einwohner aber werden die vorhandene Infrastruktur gefähr-

den. Weil man eine Stadt nicht von außen nach innen zurückbauen kann, werden wir die gravierendsten Probleme zuerst in der Innenstadt haben.

Meine Ausführungen in der Sitzung der SVV haben natürlich bei den anderen Fraktionen und beim Bürgermeister keine Begeisterung hervorgerufen, aber immerhin gab es so etwas wie Emotionen. Es geht eben nicht, wenn Stadtverordnete, die sich in ihrer beruflichen Tätigkeit immer besonders sozial geben, selbst die kleinste finanzielle Unterstützung für einen Sportverein verweigern oder andere eine neue Schuldiskussion vom Zaun brechen, weil sie die Turnhal-

le in Keune nicht sanieren wollen. Eine kostenlose Schulspeisung für alle Kinder ist notwendiger, als ein Marketingkonzept für den Freizeitpark an der Neiße. Die Einwände der anderen Fraktionen nicht das Gießkannenprinzip anzuwenden, sondern nach Bedürftigkeit zu entscheiden, ist aus unserer Sicht keine für Kinder geeignete Methode. Eine gesunde Ernährung brauchen alle Kinder. Kompromisse zu unseren Anträgen waren schon in den Ausschüssen nicht zu erkennen. Deshalb war es Zeit für einige klare Positionsbestimmungen. Ich denke am Ende einer fünfjährigen Legislaturperiode muss das auch so sein.

**Ingo Paeschke,**  
*Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.  
der SVV Forst*

## Darf man so was ?



**Viele Bürger in Forst haben in den letzten Wochen Post von ihrer Krankenkasse erhalten. Zumindest dann, wenn sie bei der Knappschaft bzw. der**

**DAK krankenversichert sind. Sie können entscheiden, ob sie am neuen regionalen Gesundheitsnetz »prospers-Lausitz« teilnehmen. Es verspricht eine Reihe von Vergünstigungen und eine bessere medizinische Versorgung.**

Welch eine Freude!

Das SGB V § 140 Integrierte Versorgung macht es möglich. Die Knappschaft hat bereits vier solcher regionaler Gesundheitsnetze zur integrierten Versorgung aufgebaut, in Bottrop (seit 1.10.1999), Gelsenkirchen (seit 1.4.2001), Recklinghausen (seit 1.9.2002) und im Saarland (seit 1.4.2006). Diese Art der medizinischen Versorgung ist auf Erfolgskurs. Seit Januar dieses Jahres gibt es dieses nun auch in der Lausitz.

Dieses Netz wird gebildet aus niedergelassenen Ärzten, Fachärzten und Krankenhäusern. Es verfolgt lohnenswerte Ziele: mehr Transparenz und guten In-

## Gefangen im Netz!

formationsfluss zwischen dem Hausarzt und dem Facharzt, gegenseitiger Austausch zu neuen Therapien, kürzere Krankenhausaufenthalte, weil die Verbindung zwischen Krankenhaus und ambulanter Versorgung intensiviert wird. Für den Patienten alles positive Effekte neben verschiedenen Bonusregelungen.

Was aber, wenn das Krankenhaus im Ort nicht in dieses Netz aufgenommen wird? Patienten aus Forst mit der o. g. Krankenversicherung, die an diesem Netz teilnehmen, müssen dann in die Krankenhäuser (Cottbus und Spremberg), die Mitglied dieses Gesundheitsnetzes sind. Ich glaube, jeder Bürger kann sich ausrechnen was das für unser Krankenhaus bedeutet. Forst braucht aber ein wirtschaftlich sicheres Krankenhaus der Grundversorgung.

Die Gesundheitsreform reguliert also per Gesetz, welche Krankenhäuser in einer Region Zukunft haben. Die Entscheidung zum Verbleib und Erhalt eines Krankenhauses unterliegt nicht der Landesregierung geschweige denn den Bürgern, sondern den Krankenkassen.

Oder???

**Anke Schwarzenberg,**  
*Mitglied des Kultur- und Sozialausschusses der SVV Forst*

## Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Ländern



**Der Osten braucht keine neuen Studien, sondern Taten! Die LINKE. setzt Anträge zu den neuen Ländern auf die Tagesordnung des Bundestages.**

Der nun schon einige Zeit anhaltende Wirtschaftsaufschwung kommt im Osten nicht an. Auf dem Arbeitsmarkt klafft zwischen Ost und West weiter eine tiefe Kluft: Mit einer aktuellen Quote von 14,8 Prozent sind in den neuen Ländern – wie seit Jahren unverändert – doppelt so viele Menschen arbeitslos wie in den alten. Verglichen mit dem boomenden Süden Deutschlands sind es teilweise sogar dreimal so viele. Auch die jüngste Korrektur der Wirtschaftsdaten für 2006, bei

denen das Wachstum im Osten mit 2,2 Prozent nunmehr deutlich hinter dem in den alten Ländern (3 Prozent) zurückbleibt, zeigt klar: Die Bundesregierung muss mehr für die neuen Länder tun. Ihre bisherige Strategie, auf ein »automatisches« Aufholen des Ostens zu setzen, ist erkennbar gescheitert.

Es reicht nicht, dass ihr Ostbeauftragter, Minister Tiefensee, die x-te Studie vorstellt, um zukunftssträchtige Felder für die neuen Länder zu entdecken. Dass der Osten zum »Solar Valley« Europas werden könnte, wissen wir schon lange. Hier sind endlich konkrete Programme gefragt. In der nächsten Woche stellt die Fraktion **DIE LINKE.** einen Antrag im Bundestag zur Abstimmung, in dem u. a. ausdrücklich die Entwicklung integrierter Konzepte zur Energieeinsparung, Kraft-Wärme-Kopplung und zur umfassenden Nutzung regenerativer Quellen

im Osten verlangt wird. Auch dass – wie die Studie ergab – die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung je Einwohner in den neuen Ländern um fast die Hälfte niedriger sind als im Bundeschnitt und dies vor allem am geringen Anteil industrieller Forschung im Osten liegt, kritisiert **DIE LINKE.** seit langem. Wir fordern in dem Antrag deshalb ausdrücklich, die öffentliche Forschungsförderung in den neuen Ländern auszuweiten.

Weitere Ziele der **LINKE** im Rahmen der von ihr initiierten Plenumsdebatte über die Lage in den neuen Ländern sind die Einkommensangleichung Ost an West, der Ausbau des Arbeitsplatzangebotes sowie die Armutsbekämpfung.

**Dr. Dagmar Enkelmann,**  
**1. Parlamentarische**  
**Geschäftsführerin der Fraktion**  
**DIE LINKE. im Bundestag**

## Kein Mittagessen für besonders Schutzbedürftige?

Eine Nachlese aus dem Kreistag Spree-Neiße vom 13. Februar 2008

**In der öffentlichen Wahrnehmung spielen die beabsichtigten Mittelkürzungen für ein warmes Essen in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) eher eine untergeordnete Rolle. Seit Beginn des Jahres 2008 sollen die Kosten für das Mittagessen behinderter Beschäftigter in den WfbM aus den Sachkosten für die Eingliederungshilfe herausgelöst werden.**

Nach Auffassung der Fraktion **DIE LINKE.** im Kreistag Spree-Neiße geht das Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – bei der Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Menschen, besonders bei einer Beschäftigung in WfbM, von einem ganzheitlichen behindertenpädagogischen und rechtlichen Ansatz aus. In der WfbM soll der behinderte Beschäftigte nicht nur Fertigkeiten mit verwertbarem wirtschaftlichen Ergebnis erlernen, sondern auch Fähigkeiten bei der Bewältigung seines täglichen Lebens, wie z. B. Ordnung, Sauberkeit, Zeiteinteilung, Kollegialität und Gemeinschaftssinn. Dieser ganzheitliche Ansatz bedeutet, dass das Mittagessen integraler Bestandteil der täglichen Fördermaßnahmen ist: z. B. Tisch decken, Essen austeilen, gepflegt das Essen einnehmen, Tisch abräumen usw.

Damit schließt sich die Fraktion **DIE LINKE.** des Kreistages der Auffassung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie im Landtag Brandenburg an. Dessen Mitglieder

sprachen sich, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, einmütig dafür aus, die Kostenträger mögen bedenken, dass das Mittagessen Teil der Eingliederungsmaßnahme ist. Wie Herr Wochatz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag, betonte, unterstützt seine Fraktion ausdrücklich das Anliegen des Beschlussantrages. Um so unverständlicher war dann die Entscheidung, keine Entscheidung zu treffen, indem der Antrag in den Sozialausschuss verwiesen wurde. Die SPD-

Fraktion äußerte sich zu diesem Anliegen gar nicht, sondern folgte dem Vorschlag ihrer Verwaltung. Eine eindeutige sozialpolitische Positionierung wäre auch für die Verwaltung eine eindeutige Aufforderung zum Handeln im Interesse der Betroffenen gewesen. Nun wird wieder gewartet bis andere entscheiden mit der Hoffnung, sich selbst nicht positionieren zu müssen.

**Tassilo Schulz,**  
**Geschäftsführer Fraktion**  
**DIE LINKE. im Kreistag Spree-Neiße**



## Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

**Zum Ausgang der Bürgerschaftswahl in Hamburg**  
**Die Hamburger haben eine neue politische Kraft in die Bürgerschaft gewählt. Der Einzug in die Bürgerschaft ist ein großer Erfolg für den Hamburger Landesverband der LINKEN.**

Durch einen engagierten, hoch motivierten Wahlkampf konnten wir unser Hamburger Ergebnis bei der Bundestagswahl übertreffen. Es ist ein Erfolg der ganzen Partei, denn Hamburg hat viel Wahlkampfunterstützung aus anderen Landesverbänden erhalten. Der Wahlausgang in Hamburg hat den Aufwärtstrend der **LINKE** bestätigt. Daran konnte auch der verbale Linksschwenk der meisten anderen Parteien nichts ändern.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen einen Politikwechsel. Sie wollen, dass sich die Politik wieder mehr um soziale Gerechtigkeit, den Zustand und die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, um die Chancengleichheit in der Bildung u. a. m. kümmert. Dabei fordern sie von SPD und CDU mehr als Lippenbekenntnisse und Ankündigungspolitik. Unser Auftrag in der Bürgerschaft ist, nun für Taten zu sorgen.

**DIE LINKE.** ist jetzt in 10 von 16 Landesparlamenten mit eigenen Fraktionen vertreten, in zwei weiteren mit Einzelabgeordneten. Schon vor Hamburg war sie mit 175 Landtagsabgeordneten die drittstärkste Kraft in den Ländern und damit deutlich vor Grünen (129) und FDP (107).

### Mitgliederinformation

Die Beitragsbescheinigungen für 2007 können ab sofort in der Geschäftsstelle abgeholt werden.

**D**a gab es wieder einmal eine (umstrittene) Schülerbefragung der Freien Universität Berlin zum DDR-Geschichtsbild der Schüler der 10. und 11. Klassen in Brandenburg, Berlin, Bayern und Nordrhein-Westfalen. »Große« Wissenslücken zeigten sich bei den Brandenburger Schülern, denn nur jeder Zweite erkannte die DDR als Diktatur und mehr als 40 % hielten die Stasi für einen normalen Geheimdienst.

»Das muss sich ändern«, so äußerten sich Brandenburger Politiker. Als Schlussfolgerung: Mehr Beachtung dem Politikunterricht, Ausprägung einer dauerhaften politischen Einstellung bei den Schülern u. Ä. Ein Herr Kurt Schröder macht in einer »ausführlichen« Studie die Lehrer für diesen miserablen Wissensstand (natürlich besonders die Lehrer mit DDR-Erfahrung) verantwortlich. Permanent versuchen alle diese Wissenschaftler die DDR nur als Stasi-Land und Diktatur darzustellen, und das kann nicht gut gehen.

Ich erinnere an das Zitat von Lothar de Maiziere anlässlich der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der deutschen Einheit: »Drei Prozent der DDR-Bürger waren Opfer, fünf Prozent waren Täter, der Rest war das Volk.« Dieser »Rest« wird weitgehend ausgeblendet, wenn es um die sogenannte Aufarbeitung der DDR-Geschichte geht. Es darf nichts Gutes geben in der DDR.

Ich greife das Beispiel des Schulsystems heraus. Trotz von mir akzeptierter Mängel bin ich noch immer der Auffassung, dass die zehnklassige Allgemeinbildende Polytechnische Oberschule vom Ansatz her weltweit zu den wirkungsvollsten Einrichtungen auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung gehörte. Es bestand nach der Wende keine Notwendigkeit, das gesamte Bildungswesen der DDR zu zerschlagen und das dreigliedrige bundesdeutsche Schulsystem unseres Land »überzustülpen«.

P. Tschöpel (DDR-Pädagoge) schreibt in seinen Aufzeichnungen »Rückblende«

## Große Wissenslücken über die DDR?

u.a.: »Nun sollte dieses dreigliedrige Schulsystem, das sich seit Jahren im europäischen Raum als außerordentlich kritikwürdig erwies, unsere pädagogische Heimstatt werden. Die Folgen, heute für jedermann sichtbar, ließen nicht lange auf sich warten. Mängel in der Unterrichtsaufteilung, versagensbegünstigende Bedingungen und viele andere Unbotmäßigkeiten schienen so förmlich vorprogrammiert zu sein.« Wie wahr!

Die ganztägige Bildung und Erziehung war Prinzip der DDR-Schule (und muss heute nicht neu erfunden werden). Kostenlose Betreuung in den Krippen und Kindergärten, vielfältige Formen der Feriengestaltung bei geringster finanzieller Beteiligung der Eltern (14 Tage Ferienspiele mit Mittagessen 1,00 Mark), Schulhorte für Kinder der Klassen 1 bis 4, Förderung der Interessen und Talente in Arbeitsgemeinschaften, Olympiaden, Schulmessen, Sportwettstreiten, gezielte Berufsorientierung und -beratung, Förderung leistungsschwacher Schüler. Auch das war die DDR! Ich bin erschüttert, wenn ich die Zukunftsängste vieler ehemaliger Schüler von mir erlebe.

Der Schulbetrieb ist durch hektische Betriebsamkeit, Unterrichtsplanungen und Kontrolldokumenten unverbundlichen Charakters gekennzeichnet. Verbindliche Lehrpläne mit adäquaten Kontroll- und Bewertungsstandards, Angleichung der Stundentafeln fehlen. Pädagogengemeinschaften ohne Zukunfts- und Existenzängste sind selten geworden. Ich könnte noch viele Reserven aufzählen, die in der gegenwärtigen Bildungspolitik nicht genutzt werden.

Ich zitiere noch einmal P. Tschöpel aus »Rückblende«: »Allein die Tatsache, dass sich nach der politischen Wende bisher bereits vier zuständige Ministerinnen und Minister daran versuchten und versuchen, dem Bereich der Bildung und Erziehung in unserem Bundesland eine zeitgemäße Richtung zu geben und Prio-

ritäten zu setzen, spricht wohl eine Sprache. Und auch aus Mangel an Kontinuität werden sich wohl künftig erhoffte Ergebnisse in Brandenburg in Grenzen halten.« Ich habe dieser Aussage nichts hinzuzufügen.

*Gudrun Ritschel*

## Großes Interesse an Mitgliedschaft

*Dass in den ersten beiden Monaten des Jahres 2008 das Interesse für DIE LINKE groß sein wird, war aufgrund der Wahlen in den drei westlichen Ländern Hessen, Niedersachsen und Hamburg zu ahnen. Dass sich dieses Interesse aber in einer Flut von Eintritt in die Partei widerspiegeln wird, war nicht vorauszusehen. Bisher haben in diesem Jahr 60 Neue die Eintrittserklärung ausgefüllt und nunmehr eine Heimat in einer Basisorganisation des Landesverbandes Brandenburg gefunden.*

Wenn man den Vergleich mit den Anfangsmonaten der vergangenen drei Jahren zieht, so ist das im Verhältnis zu den Jahren 2005 oder 2007 eine Verdreifachung und zum Jahr 2006 – eines der bisher besten Jahre – eine Verdopplung. Bemerkenswert ist auch die Altersstruktur. So trat Ursula Künstler mit 83 Jahren in die Partei ein. Zu ihren Beweggründen befragt, sagte sie, als Mitglied der Volkssolidarität in Brandenburg/Havel hat sie die Herzlichkeit der LINKEN erlebt und sich bei einem Kinder- und Familienfest zur Mitgliedschaft entschieden. Auch die beiden Hartz-IV-Empfänger Diana und Gerhard aus Cottbus (22 und 41 Jahre) haben sich für DIE LINKE entschieden. Die menschenverachtende Politik der anderen Parteien war für sie Grund, bei den LINKEN Mitglied zu werden. Benno Schwiegon (21 Jahre) aus dem Barnim erzählte seinem Vater, dass er die Musterrung zum Anlass nahm, über die Frage Krieg und Frieden und die Rolle der LINKEN zu dieser Frage nachzudenken und nun hier seine politische Heimat sieht. Das jüngste Mitglied Franziska kommt mit 14 Jahren aus dem Kreis Potsdam-Mittelmark und hat sich im Februar auch schon auf dem Landesparteitag umgeschaut.

In den Kreisverbänden wird weiterhin aktiv an der Gewinnung neuer Mitglieder auch mit dem Blick auf die Kommunalwahlen am 28. September 2008 gearbeitet. Klar ist, dass nur durch die intensive Einbeziehung der Neuen in die politische Arbeit eine stabile Bindung an die Partei erreicht wird. Das Jahr 2008 könnte somit auch auf dem Gebiet der Mitgliedergewinnung das Jahr der LINKEN werden.

*Reinhard Frank,  
Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter*

## Die Rechte der Einwohner!

**Die Gemeindeordnung für das Land Brandenburg regelt im Dritten Abschnitt § 18 die Durchführung von Einwohnerfragestunden. Dieses Recht hat die SVV Forst in ihre Geschäftsordnung aufgenommen. Damit kann jeder Einwohner dieser Stadt Fragen zu Beratungsgegenständen bzw. Gemeindeangelegenheiten stellen.**

Von diesem Recht machen nicht viele Einwohner dieser Stadt Gebrauch. Warum eigentlich?

In der letzten Stadtverordnetenversammlung kamen Bürger, die Mitglieder des Betriebsrates der Stadtwerke Forst sind, um Auskunft zum Stand der Verkaufsverhandlungen der Stadtwerke zu

erhalten. Sie erwarteten eine ehrliche Antwort.

Nur missmutig wurden sie auf die noch nicht abschließende Entscheidung dieser Angelegenheit hingewiesen. Egal, ob sie Mitglieder eines Betriebsrates sind und die Möglichkeit einer Kommunikation im Unternehmen haben, in erster Linie sind sie Einwohner dieser Stadt und müssen mit ihren Fragen und Nöten ernst genommen werden. Der Vorsitzende einer Gemeindevertretung hat die Pflicht, auf die Einhaltung der Gemeindeordnung zu achten und auch darauf, dass Einwohner eine Antwort erhalten.

*Anke Schwarzenberg,  
Stadtverordnete Fraktion Die Linke.*

## Petra Paus Newsletter

### Kein Grund für Aufstockung, wohl aber für Rückzug

Die Bundesregierung plant offenbar eine Truppenaufstockung in Afghanistan und eine zeitliche Streckung des Einsatz-Mandats. Das wurde am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz bekannt.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn über die deutsche Außenpolitik auf einer privaten Sicherheitskonferenz in München verhandelt wird und nicht im Bundestag. Es gibt auch keinen sachlichen Grund, der für eine Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents spricht, wohl aber viele Gründe für deren Rückzug. Schon jetzt dauert der Afghanistan-Einsatz 8 Jahre. Umso weniger darf das jeweilige Mandat von 12 auf 18 Monate verlängert werden.

### LINKE erneut Spitze

Zur politischen Februar-Bilanz gehört auch: DIE LINKE. war erneut die meist genannte Partei.

### Ministerpräsident Böhmer hätte besser geschwiegen

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Böhmer hält aktuelle Kindstötungen in den neuen Bundesländern für eine Spätfolge übernommener DDR-Mentalitäten.

Die Erklärungen werden immer absurder. Erst war das Topfen in Kindergarten schuld, dann die Kollektivierung in der Landwirtschaft, nunmehr das Schwangerschaftsrecht zu DDR-Zeiten. Ministerpräsident Böhmer disqualifiziert sich selbst. Er hätte besser geschwiegen.

(Petra Paus ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

## PINNWAND

### Termine

- Di., 11.03., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst**
- Di., 18.03., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung**
- Mo., 07.04., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**AG »Malxe-Blatt«**
- Di., 08.04., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst**

### Gründung der AG Soziales

Donnerstag, 20.03., 18:30 Uhr,  
Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54

### Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

Montag, 17.03.08, und Montag, 31.03.08

jeweils ab 10:00 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN, Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung über Frau Dr. Radochla,

☎ (03562) 69 34 34 oder ☎ (03562) 78 52,

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 Euro.

### Geburtstage

- 27.03., 86 Jahre, Gen. Fritz Standfest
- 29.03., 76 Jahre, Genn. Christa Bigalke in Döbern
- 14.04., 83 Jahre, Gen. Edgar Krusch

*Herzlichen Glückwunsch  
den Jubilaren!*

### Kluge Sprüche von Persönlichkeiten

*Nichts wird so leicht für Übertreibung  
gehalten wie die Schilderung  
der reinen Wahrheit.*

**Joseph Conrad**

*Wir lernen aus Erfahrung,  
dass die Menschen nichts  
aus Erfahrung lernen.*

**George Bernhard Shaw**

*Ein Optimist ist in der Regel  
der Zeitgenosse, der am  
ungenügendsten informiert ist.*

**John Priestley**

*Wenn zwei Menschen immer  
dasselbe denken, ist einer von  
ihnen überflüssig.*

**Winston Churchill**

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE.  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE.  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: [spree-neisse.dielinke-brandenburg.de](http://spree-neisse.dielinke-brandenburg.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-spree-neisse.de](mailto:forst@dielinke-spree-neisse.de)

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.